Nr. 253 XXVIII. Jahrgang — Donnerstag, 14. Oktober 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 4.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Offert- oder Auskunft 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13 528, 13 638, 13 897 und 17 109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Die Lage in Litauen

Die Lage in Litauen überschattet augenblicklich alle Ereignisse in Europa. Interessant ist, was sich dazu ein englisches Blatt aus Riga berichten läßt:

△ **Haag, 13. Oktober.** (Eig. Drahtbericht.) **Die polnische Entschuldigung, daß die Besetzung Wilnas eine eigenmächtige Tatsache sei, die General Zeligowski mit einer litauisch-russischen Division ausgeführt habe, bezeichnet der Berichterstatter des „Manchester Guardian" in Riga als einen Schwindel. Es handelt sich einfach um einen Bruch aller gegebenen Versprechen und um eine Verhöhnung der Politik des Völkerbundes, und zwar deshalb, weil Polen Wilna als Korridor mitten durch Weißrußland hindurch brauche. Der Korridorplan sei französischen Ursprungs und Frankreich habe auch den Angriff auf Wilna inspiriert.**

Eine andre Version, die allerdings das Vorgehen Zeligowskis in gewissem Sinne rechtfertigen würde, verbreiten die „Times":

London, 13. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) **Der Korrespondent der „Times" in Wilna telegraphiert: Um das Vorgehen des Generals Zeligowski und der unter seinem Befehl stehenden Truppen, deren Mehrzahl in Litauen gebürtig sind, richtig zu verstehen, muß man wissen, daß zwei Tage nach der Ueberreichung des Vertrages zwischen Sowjetrußland und Litauen die Bolschewisten einen Vertreter der Außerordentlichen Kommission eingesetzt haben. Diese Kommission hat 1500 Polen umbringen lassen. Die Leichen der Opfer sind ausgegraben und identifiziert worden. Fast alle hatten Verwandte oder Freunde unter den Truppen Zeligowskis. Die Bolschewisten hatten natürlich kein Recht zu solchem Vorgehen.**

Ueber die diplomatische Entwirrung der Lage liegt ein interessantes Privattelegramm aus Warschau vor. Darin heißt es:

Paris, 13. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) **Havas meldet aus Warschau: General Zeligowski hat ein Radio-Telegramm an die polnische Regierung gerichtet, in dem er sie bittet, die von ihm eingesetzte Kommission anzuerkennen. Er schlägt vor, einen Tag und Ort festzusetzen, wo die Bevollmächtigten der beiden Parteien zusammentreffen und die Fragen besprechen könnten. General Zeligowski hat außerdem eine Note an die Regierung von Kowno gerichtet, in der er sagt, es sei nicht seine Absicht, mit Litauen in Kampf zu treten. Die Grenze zwischen Nord- und Mittel-Litauen solle durch eine Volksabstimmung festgesetzt werden. — Der polnische Gesandte in Paris, Graf Zamoiski, hat dem französischen Ministerpräsidenten die feierliche Erklärung abgegeben, daß die polnische Regierung den Schritt Zeligowskis nicht billige und daß sie außerdem alle nötigen Maßnahmen ergreifen werde, um die Truppen, die in Wilna eingerückt sind, zur Vernunft zu bringen.**

Inzwischen ist in Wilna von General Zeligowski eine neue, aus je zwei Polen, Litauern und Weißrussen bestehende Regierung gebildet worden.

Der Frieden von Riga

Wie nun feststeht, ist der Vorfriedensvertrag zwischen den Bolschewisten und Polen gestern abend in Riga endgültig unterzeichnet worden. Ueber Paris verlautet darüber:

Paris, 13. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Dem „Temps" wird aus London gemeldet: Nach den letzten Nachrichten aus Riga ist der Waffenstillstand und Vorfriedensvertrag zwischen Polen und Rußland unterzeichnet worden. Die Grenze ist so vorgesehen, wie sie vor einigen Tagen festgestellt wurde. Polen erkennt die Unabhängigkeit der Ukraine und Weißrußlands an. Jeder der beiden Vertragschließenden gesteht dem andern das Recht des freien Verkehrs durch sein Gebiet zu und verpflichtet sich, keine fremde Macht gegen den andern Unterzeichner zu unterstützen. Das Blatt meint dazu: Es könne festgestellt werden, daß Polen bedeutende Gebietsgewinne erhalte, aber Sowjetrußland erringe anderseits außer der Anerkennung sehr wichtige Vorteile. Die wirtschaftliche Klausel bewillige Polen einen Teil des Aktivbestandes des kaiserlichen Rußlands, ohne daß es an Passiven teilnehme. Sodann erkenne Sowjetrußland Polen das Recht zu, als bevorzugte Nation behandelt zu werden bei den Ersatzansprüchen, die es infolge der Verluste während der russischen Revolution zu stellen berechtigt sei. Polen erhalte auf diese Art alle Trophäen und Kunstgegenstände zurück, die ihm seit August 1914 von seinen Gegnern abgenommen wurden. Der Austausch der Ratifikationsurkunden soll innerhalb 21 Tagen in Libau erfolgen. Der Waffenstillstand beginnt in 144 Stunden und die Zurückziehung der Truppen 168 Stunden nach der Unterzeichnung. Der Waffenstillstand läuft 21 Tage und muß 48 Stunden vorher gekündigt werden. Sonst läuft er automatisch eine neue Periode von 21 Tagen weiter. Die Verhandlungen über einen endgültigen Frieden sollen sofort beginnen.

Bei den letzten Verhandlungen forderten übrigens die Polen 200 Millionen Goldrubel, während die Russen nur 50 Millionen Goldrubel vorschlugen und den Rest des Goldanteils durch Rohstofflieferungen aus den Waldgebieten erledigen wollten. Die Festsetzung der genauen Summe wird den endgültigen Friedensverhandlungen unterliegen. Ende dieser Woche noch sollen die beiden Delegationen wieder nach Riga zurückkehren und nach einer Pause von zwei Wochen die Verhandlungen wieder aufnehmen. Dann wird der endgültige Frieden von Riga geschlossen werden.

Die Wiedergutmachungsfrage

In dem französisch-englischen Meinungsaustausch über die Idee von Genf scheint ein belgischer Vermittlungsvorschlag durchgedrungen zu sein. Wir erfahren darüber:

× **Paris, 13. Oktober.** „Matin" erfährt, daß eine Sachverständigenkonferenz zweifellos im Laufe dieses Monats noch in Brüssel stattfinden werde. Das Blatt fügt hinzu, Delacroix scheine überzeugt zu sein, daß die Anregung die Zustimmung Englands und Frankreichs finden werde.

Bezeichnend für den englisch-französischen Gegensatz in der Konferenzfrage ist, was gestern der „Daily Chronicle" über die Wiedergutmachungsfrage schreibt. Er führt aus, daß durch die Methode, die Frankreich vorschlage, für eine Generation lang ein Damoklesschwert über dem Haupt Deutschlands aufgehängt würde, während England die Frage gleich regeln wolle, um nicht nur einen Frieden dem Namen nach, sondern einen wirklichen Frieden in Europa herzustellen. Und der Londoner Korrespondent der „Haagschen Post" betont, daß die englische Regierung der französischen kategorisch mitgeteilt habe, sie müsse auf der Einlösung ihres in Spa gegebenen Versprechens beharren. Es bleibe die Tatsache bestehen, daß Frankreich eine Politik treibe, die die Welt in Unruhe halte, während die englische Regierung auf befriedigende Lösungen hinarbeite. Bedauerlicherweise werde Frankreich dabei von Belgien unterstützt.

Wir fragen uns bei diesem fortdauernden Zeichen schlechten Willens in Frankreich und Belgien, wie lange die Welt noch in Erschütterungen gehalten werden soll? Durchaus richtig ist, was jetzt auf der internationalen Wirtschaftskonferenz in London die deutsche Vertreterin Frau Kriege erklärte: Die Preise der Rohstoffe seien im letzten Jahre in Deutschland mehr gestiegen als während des ganzen Krieges. Sie schilderte die Unterernährung und fragte, ob von einer so unterernährten Rasse wirtschaftliche Herstellung zu erwarten sei. Uebrigens führte auf der Konferenz der englische Vorsitzende Sir George Paish u. a. aus: Wenn den Ländern, die durch den Krieg am meisten gelitten hätten, nicht geholfen werde, so würde Großbritannien in kurzer Zeit vor großen Schwierigkeiten stehen. Er trete darum für eine sofortige Revision des Friedensvertrages ein.

Rückkehr aus Brüssel

xx. **Berlin, 13. Oktober.** (Eig. Drahtbericht.) Die deutsche Kommission in Brüssel ist in Berlin wieder eingetroffen. Sie wird das Ergebnis der Verhandlungen in einem Weißbuch niederlegen. Am Donnerstag mittag findet eine Sitzung des Reichskabinetts statt, an der Staatssekretär Bergmann, der Führer der Brüsseler Delegation, teilnimmt.

\+ **Berlin, 13. Oktober.** (Eig. Drahtbericht.) **Von einem Mitglied der deutschen Delegation, das an den Verhandlungen der Brüsseler Finanzkonferenz teilgenommen hat, erfahren wir, daß man in den Kreisen der deutschen Regierung mit dem, was in Brüssel zutage gefördert wurde, im allgemeinen zufrieden sei. Wenn auch positive Hilfsmittel zur Rettung der deutschen Finanzen sich aus dieser Art der Verhandlungen nicht hätten ergeben können, so sei doch die zwanglose und vom versöhnlichen Geiste getragene Form der abgehaltenen Verständigung eine durchaus geeignete Grundlage, auf der man an einer allgemeinen Gesundung des gesamten europäischen Wirtschaftslebens mitarbeiten könne. Gegenüber den früheren Verhandlungen mit den Alliierten sei jedenfalls Brüssel ein ganz bedeutender Fortschritt, und wenn der Völkerbund das aus den Brüsseler Verhandlungen hervorgegangene schriftliche Gutachten nach der ihm zustehenden Prüfung anerkenne, so sei damit ein erster Schritt getan, um Deutschland aus der Rolle des Zwangsschuldners auf den Platz gleichberechtigter geschäftlicher Interessenten emporzuheben. Es sei zu hoffen, daß der Geist einer vernünftigen Versöhnlichkeit, dessen erste Anzeichen sich in Brüssel bemerkbar gemacht hätten, auch bei denjenigen unsrer Gegner, die uns immer noch mit Mißtrauen gegenüberständen, allmählich stärker zur Geltung käme.**

Um die Rheinlandbesatzung

Rotterdam, 13. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Nach einem „Times"-Telegramm aus Paris hat der Botschafterrat die Frage der Herabsetzung der Besatzungsstärke der Entente in Deutschland und der Ententekommission in Berlin den militärischen Instanzen überlassen. Die Antwort auf die letzte deutsche Note sei unterwegs.

Die französische Unterdrückungspolitik

w. **Mainz, 13. Oktober.** (Eig. Drahtbericht.) In Oberingelheim war bei einer Schießerei französischer Soldaten eine junge Frankfurterin getötet worden. Das hessische Ministerium hat in dieser Sache eine Note an das französische Oberkommando in Mainz gerichtet. Die französische Zensur hat nun die Verbreitung dieser Note sowohl im Wortlaut, als auch im Auszug verboten.

Die Ablieferung der Zeppeline

London, 13. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) **Der Berliner Berichterstatter der „Daily News" meldet seinem Blatte, daß in der letzten Woche Vertreter des alliierten Ueberwachungsausschusses bei der Zeppelin-Luftschiff-Gesellschaft in Staaken die Forderung gestellt hätten, daß das neue Riesenzeppelin-Luftschiff, das eigens für den Luftdienst zwischen Deutschland und Amerika erbaut wurde, abzuliefern sei. Die Gesellschaft habe sich mit Entschiedenheit geweigert, das Luftschiff der Ententekommission zu übergeben, und die Weigerung damit begründet, daß es Deutschland gestattet sei, alle Luftfahrzeuge, die sechs Monate nach Inkrafttreten des Versailler Vertrages erbaut sind, zu behalten.**

Eine falsche Rechnung

× **Paris, 13. Oktober.** Gustave Téry schreibt im „Oeuvre", André Tardieu habe in der „Illustration" Statistiken veröffentlicht und auf Grund dieser Veröffentlichungen an der Spitze seines Blattes erklärt, die „Boches" zahlten dreimal weniger Steuern als die Franzosen. Er freue sich, Tardieu zitiert zu haben, denn bei genauem Nachsehen habe er in dem Artikel von Tardieu eine seltsame Entdeckung gemacht. Tardieu berechne das Durchschnittseinkommen in Dollars nach dem gegenwärtigen Kurs und behaupte, daß der deutsche Steuerzahler durchschnittlich 474 M. gleich 12 Dollar 5 bezahle, der französische Steuerzahler 416 Franken gleich 34 Dollar 6, der belgische 174 Franken gleich 15 Dollar 5. Er berechne aber die Steuern auf den Kopf der Bevölkerung nach dem Dollarkurs von vor dem Krieg und komme damit für Deutschland auf 3600 M. oder 275 Dollar, für Frankreich auf 3200 Franken oder 640 Dollar und bei Belgien auf 2077 Franken gleich 497 Dollar. Téry sagt, man habe so oft von dem deutschen schlechten Willen gesprochen. Wie könne man aber fortfahren, sich zu entrüsten, wenn man zu ähnlichen Argumenten wie Tardieu seine Zuflucht nehme? Es handle sich hier nicht um einen einfachen Sophismus, sondern um eine authentische Fälschung, und wenn man bedenke, daß der Mann, der derartiges zu veröffentlichen wage, einer der Hauptverfasser, wenn nicht gar der wesentliche des Friedensvertrages von Versailles sei, der den Vertrag übrigens wie sein persönliches Werk verteidige, dann müsse man daran erinnern, daß er gegenüber Deutschland und der gesamten Welt nicht nur die Interessen, sondern auch die Ehre Frankreichs vertrete. Téry fordert Tardieu auf, innerhalb 24 Stunden diesen Irrtum auf einen leichtfertigen oder übereifrigen Sekretär zu schieben.

Das Mißtrauen Frankreichs

Paris, 13. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der „Temps" schreibt: Nach gewissen Nachrichten aus deutscher Quelle hat die englische Regierung den Major Otley der Mission des Generals Malcolm in Berlin angestellt. Man ist in Paris sehr begierig, hierüber nähere Einzelheiten zu erfahren. Otley war dem General Percival in Oberschlesien zugeteilt. Er bildete dort mit die Hauptursache zu den bekannten Zwischenfällen, die sich gegen die Kommission Le Ronds abgespielt haben.

Eine Rede Graf Sforzas

S. **Zürich, 13. Oktober.** (Eig. Drahtbericht.) Aus Mailand wird gemeldet: Im königlichen Palast ist am Dienstag nachmittag die internationale Zusammenkunft der Vereinigungen für den Völkerbund eröffnet worden. Minister Graf Sforza wünschte den Versammelten im Auftrage der italienischen Regierung und Bevölkerung einen vollen Erfolg. Dem Völkerbund, so führte er aus, täte eine andre Stimmung und ein andres Bewußtsein seiner eigenen Interessen not, wenn er ein wirksames Organ werden wolle. Er müsse sich auf das Gewissen der Völker stützen, die es nicht geschehen lassen dürften, daß ein Geschlecht arbeite und sich abmühe, damit das folgende Geschlecht sich gegenseitig umbringe und vernichte. Die Völker müßten sich daran erinnern, daß ihre Pflichten nicht bei ihren Grenzpfählen aufhören.

Die Kärntner Volksabstimmung

Wien, 13. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die Kärntner Volksabstimmung äußerte sich ein Wiener Ententediplomat folgendermaßen: Mit ziemlicher Sicherheit steht fest, daß die Bevölkerung der Zone A für Oesterreich entschieden hat, so daß die Abstimmung in Zone B von selbst wegfällt. Es hat nicht nur die gesamte deutsche Bevölkerung, sondern auch eine große Anzahl Slowenen für Oesterreich gestimmt. Es steht fest, daß die durch die Abstimmung an Oesterreich gefallenen Gebiete ein wichtiges Interesse daran haben, den Zusammenhang mit dem übrigen Kärnten, mit dem sie ein wichtiges Ganzes bilden, nicht zu verlieren. Die Jugoslawen werden natürlich über das Ergebnis der Wahl sehr enttäuscht sein. Es ist zu erwarten, daß es eventuell zu Gewalttätigkeiten der Jugoslawen kommt. Jedoch ist die Entente entschlossen, die Ergebnisse der Abstimmung als definitiv anzusehen und keinerlei gewaltsame Ausdeutung der Schwierigkeiten der Abstimmungsgebiete zu dulden.

Eine neue europäische Telegraphenagentur

ITA. **Wien, 13. Oktober.** (Eig. Drahtbericht.) Nach dem „Morgen" errichtet die französisch interessierte Industriegruppe Marcell Schwob, die schon über verschiedene Pariser Zeitungen sowie eine Schweizer Zentralagentur verfügt und die seit kurzem an zahlreichen österreichischen Industrieunternehmungen interessiert ist, eine neue europäische Nachrichtenagentur mit einem Kapital von 200 Millionen Kronen. Dem Verwaltungsrat sollen französische Politiker, u. a. auch Poincaré, angehören.

Deutschland und Lettland

Ueber das vorläufige Abkommen über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Lettland wird uns von zuständiger Stelle mitgeteilt: Dieses Abkommen war notwendig geworden, nachdem die lettische Regierung im November 1919 sich als im Kriegszustand mit der deutschen Regierung befindlich erklärt hatte aus Anlaß des Unternehmens des Obersten Bermondt. Beide Regierungen sind nun übereingekommen, eine Grundlage zur Wiederaufnahme der gegenseitigen Beziehungen zu schaffen. So ist in der Frage der Entschädigung der Grundsatz der gegenseitigen Abrechnung festgehalten worden. Von besonderer Bedeutung ist, daß es gelungen ist, die Transitfreiheit gegenüber Lettland durchzusetzen. Ferner ist es möglich gewesen, den Grundsatz der Meistbegünstigung festzulegen.

Die Hungersnot in China

× **London, 13. Oktober. Man meldet den „Times" aus Peking: Aus den Hungersnotgebieten kommen entsetzliche Nachrichten. Die Not steigt. Wenn binnen kurzer Zeit keine Hilfe kommt, werden Tausende von Menschen umkommen.**

Die vier Punkte der Sozialdemokratie

Der Parteitag der Mehrheitssozialdemokratie in Kassel hat eine Entschließung angenommen, die vier Punkte enthält, von denen die Mehrheitssozialdemokratie ihre Stellungnahme in der Frage ihres Wiedereintritts in die Regierung abhängig machen will. Von diesen vier Forderungen sind die beiden ersten nicht ausgesprochen sozialdemokratisch. Wenn Demokratisierung der Verwaltung und Republikanisierung der Reichswehr verlangt werden, so sind das Forderungen, die eigentlich heute politisch selbstverständlich sind und von Demokratie und Zentrum ebenfalls vertreten werden. Aber auch die Deutsche Volkspartei steht diesen beiden Forderungen grundsätzlich nicht feindlich gegenüber; die Deutsche Volkspartei hat sich ausdrücklich auf den Boden der Verfassung gestellt, also wird sie gegen eine demokratische Verwaltung und eine verfassungszuverlässige Reichswehr auch keinen Einspruch erheben.

Zweifelhafter ist schon ihre Stellung zu der dritten Forderung, der einer pazifistischen auswärtigen Politik. Sie wird sich vielleicht in der Form auf diese Fassung nicht festlegen lassen wollen. Aber da uns der Friedensvertrag von Versailles und unsre militärische Ohnmacht zu einer pazifistischen Politik zwingen, so wird es in der Praxis Meinungsverschiedenheiten über die grundsätzliche Haltung unsrer Außenpolitik zwischen den vier Parteien, aus denen allein heute eine feste parlamentarische Mehrheit gebildet werden könnte, kaum geben.

Es bleibt also nur noch die letzte Forderung, die der Sozialisierung der dafür reifen Wirtschaftsbetriebe. Hier dürften allerdings noch einige Meinungsdifferenzen auf der langen Front von Stresemann bis Scheidemann vorhanden sein. Aber gerade diese Forderung ist in den vier Punkten der Sozialdemokratie so vorsichtig und geschickt formuliert worden, daß man die Absicht merkt, die noch vorhandenen Gegensätze zu überbrücken. Einer Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige hat auch Herr Stinnes, in dessen Person die Sozialisierungsfreunde ja vielfach den Vater aller Hindernisse erblicken, durchaus nicht widerstrebt. Er hat im Gegenteil jüngst im Reichswirtschaftsrat eine Verständigung mit der Arbeiterschaft über die Sozialisierung für unbedingt notwendig erklärt, da wir sonst dem sozialen Bürgerkrieg entgegensteuern. Diese Verständigung wird nunmehr nur sich darüber zu erfolgen haben, welche Wirtschaftszweige heute für die Durchführung der Sozialisierung schon reif sind. Eine Vereinbarung hierüber läßt die vierte mehrheitssozialistische Forderung durchaus offen.

So gewinnt man den Eindruck, daß die erwähnten vier Forderungen durchaus den Willen zeigen, der heutigen Regierung und den gegenwärtigen Regierungsparteien näherzukommen und eine Verständigung zu erleichtern. Um so unverständlicher berührt es, daß einige Redner des Parteitages, so Schöpflin und der Stuttgarter Keil, sich bemüßigt fanden, heftige Angriffe gegen die jetzige Regierung zu schleudern, vor allem gegen den demokratischen Reichswehrminister Geßler und den Reichsschatzminister v. Raumer. Gegen Geßler erhob Schöpflin den schweren Vorwurf, daß er sich niemals ernstlich mit militärischen Dingen beschäftigt habe. Er sei eine Gefahr für die Republik, weil General v. Seeckt geistig über ihm stehe und er daher ganz von diesem abhängig sei. Man muß sich fragen, was die Scheidemann-Partei mit diesen recht plötzlich kommenden Angriffen gegen Geßler eigentlich bezweckt. Will man bei dem Wiedereintritt in die Regierung unter allen Umständen das Reichswehrministerium mit einem Sozialdemokraten besetzen? Dann bedarf es dieser heftigen Kanonade, die die zu erobernde Position sturmreif machen soll, durchaus nicht. Die Deutschdemokraten haben seinerzeit, als die Mehrheitssozialisten noch in der Regierung saßen, nur auf deren ausdrückliches Drängen das Reichswehrministerium mit einem ihrer besten Köpfe besetzt. Geßler hätte zweifellos auf andern Posten dem Reiche viel bessere Dienste leisten können und hat mit der Annahme des dornenvollen Amtes eines bürgerlichen Leiters des Reichswehrministeriums ein großes Opfer gebracht. Das wurde seinerzeit auch von sozialdemokratischer Seite anerkannt, und es bedeutet eine politische Undankbarkeit gegen Herrn Geßler, wenn heute solche unqualifizierbare Angriffe allgemeiner Art aus dem Lager, dem der frühere Reichskanzler Müller angehört, gegen den jetzigen Reichswehrminister gerichtet werden.

In ähnlich heftiger Weise wie Schöpflin gegen Geßler sprach Herr Keil gegen den Reichsschatzminister v. Raumer. Der „Vorwärts" erhebt gegen diesen obendrein noch den für den Minister eigentlich ehrenden, für die Sozialdemokratie aber recht bezeichnenden Vorwurf, er wisse zu gut im Reichsschatzministerium Bescheid, er sei allzusehr Fachminister. Diese Tonart des „Vorwärts" und des Kasseler Parteitages gegen führende Mitglieder von Parteien, von denen Eduard Bernstein in Kassel ausdrücklich sagte, daß die Partei auf ihre Mitwirkung noch lange angewiesen wäre, ist wenig geeignet, die notwendige politische Einheit der für den Wiederaufbau Deutschlands arbeitenden Parteien zustande zu bringen. Die Leistungen der früheren sozialdemokratischen Regierungen berechtigen deren Parteigenossen durchaus nicht, in solcher Weise über die Leistungen der jetzigen Regierung abzuurteilen. Diese ist bei all ihren Mängeln ehrlich bemüht, uns aus dem Sumpfe herauszuarbeiten, nachdem die Scheidemannpartei diese Sisyphusarbeit nach ihrer Wahlniederlage verzagend aufgegeben hat. Die Zeiten sind zu ernst, um lediglich die Wahlaussichten für die angestrebten Neuwahlen zum Leitstern für die politische Haltung einer großen Partei zu machen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19201014/1